

## Niederschrift

### 24. Sitzung des Kreisausschusses

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 05.12.2019  
**Sitzungsort:** Kreishaus, Sitzungszimmer 1, Hoher Weg 1-3, 59494 Soest  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:30 Uhr

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Eva Irrgang Landrätin

##### Mitglieder des Gremiums

Irmgard Soldat	CDU	
Christian Klespe	SPD	
Robert Bigge	BG	
Gregor Dolle	CDU	
Dr. Günter Fiedler	SPD	Vertretung
Ulrich Häken	CDU	
Wilfried Jäger	SPD	
Ilona Kottmann-Fischer	Bündnis 90 / Die Grünen	
Guenter Muenzberger	FDP	Vertretung
Hermann-Josef Nürnberg	CDU	
Oliver Pöpsel	CDU	Vertretung
Olaf Reen	CDU	Vertretung
Bernhard Schladör	CDU	
Manfred Weretecki	DIE LINKE und DIE SO!	
Prof. Dr. Klaus Wollhöver	SPD	Vertretung

##### Verwaltung

Ralf Hellermann	Dezernent
Dirk Lönnecke	Kreisdirektor
Maria Schulte-Kellinghaus	Dezernentin
Volker Topp	Dezernent
Dr. Jürgen Wutschka	Dezernent
Christin Thiemann	Geschäftsstelle Kreistag

## Protokoll

### Öffentlicher Teil:

---

#### 1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Landrätin Eva Irrgang eröffnet die Sitzung des Kreisausschusses mit der Begrüßung der Anwesenden. Sie stellt im Anschluss die ordnungsgemäße Einberufung des Kreisausschusses sowie seine Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung gibt Landrätin Eva Irrgang folgende Erklärung:

- Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Artenschutz wird TOP 22 Stellenplan 2020/2021 zugeordnet.
- TOP 23.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Supervision für Pflegeeltern ist im Jugendhilfeausschuss vorberaten aber nicht beschlossen worden. Der Antrag ist in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses zurückgezogen worden. Der Verbleib des Antrags auf der Tagesordnung des Kreisausschusses ist abzustimmen.
- Im Rahmen der Vorberatung zu TOP 24 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Klimarelevanz von Verwaltungsvorlagen ist eine geänderte Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss getroffen worden. Aus diesem Grund wird TOP 24 aufgeteilt. Als TOP 24.1 wird der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beraten. Als TOP 24.2 erfolgt die Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Regionalentwicklung.
- Im Rahmen von TOP 31 Ausschreibung Machbarkeitsstudie für den Neubau der Peter-Härtling-Schule in Werl erfolgt eine mündliche Information zum aktuellen Sachstand des Grundstückskaufes.

Ilona Kottmann-Fischer erklärt, dass der Antrag des TOP 23.3 nur für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses zurückgezogen worden ist. Nach eingehender Beratung ihrer Fraktion wird der Antrag für die weitergehende Beratungsfolge nicht zurückgezogen und verbleibt auf der Tagesordnung.

Ulrich Häken (CDU) beantragt TOP 5 Festlegung der Zügigkeit des Neubaus der Peter-Härtling-Schule für den Sekundarbereich von der Tagesordnung abzusetzen und eine Entscheidung in der Sitzungsfolge im Frühjahr 2020 zu treffen.

Über die vorgenannten Änderungen der Tagesordnung besteht Einvernehmen. Landrätin Eva Irrgang stellt anschließend die Tagesordnung fest.

---

#### 2. Antrag gem. §21 KrO: Klimaschutzprogramm 2030 - Bewerbung Modellprojekt ÖPNV Vorlage: 299/2019

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Kreisausschuss fasst folgenden

##### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Anregung des Herrn Holger Schild aufzugreifen und eine Initiativbewerbung an den Bundesverkehrsminister abzugeben und damit das Interesse des Kreises Soest an der Teilnahme als Modellkommune zur Stärkung des ÖPNV im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung zu bekunden. Dabei könnte eine Ausdehnung auf die Region Südwestfalen zweckmäßig sein. Die Verwaltung soll die zuständigen Ausschüsse über den weiteren Verlauf der Bewerbung informieren und bei Vorliegen der Förderbedingungen einen weiteren Beschluss vorbereiten.

**Abstimmungsergebnis:** **Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**3 . Gebührenkalkulation sowie Satzung des Kreises Soest über den Rettungsdienst für die Jahre 2020 - 2021**  
**Vorlage: 271/2019**

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Der Kreistag nimmt die Gebührenkalkulation für die Jahre 2020/2021 zur Kenntnis und beschließt die Satzung des Kreises Soest über den Rettungsdienst vom 13.12.2019.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**4 . Medienentwicklungsplan für die Schulen in Trägerschaft des Kreises Soest und Verwendung der Fördermittel des DigitalPakts**  
**Vorlage: 252/2019**

Günter Münzberger (FDP) kritisiert, dass die Medienentwicklungsplanung nicht im Unterausschuss für Energie und Klima – Digitalisierung und Innovation vorbereitet worden ist. Außerdem sei der Zeitbedarf für die Umsetzung bis 2024 zu lang. Digitalisierung finde jetzt statt und müsse daher kurzfristig erfolgen.

Dezernentin Maria Schulte-Kellinghaus erklärt, dass der Kreis Soest als Schulträger dafür verantwortlich sei, die entsprechende Infrastruktur in den Schulen bereitzustellen. Darüber hinaus enthalte die Medienentwicklungsplanung auch ein pädagogisches Konzept, sodass festzuhalten bleibe, dass der Ausschuss für Bildung, Integration, Schule und Sport der zuständige Fachausschuss sei. Darüber hinaus sei die Zeitplanung vor allem der Größe der kreiseigenen Schulen geschuldet. Insbesondere an den drei Berufskollegs sei eine Neuverkabelung der Gebäude sehr zeitintensiv.

Landrätin Eva Irrgang erklärt, dass der Kreis Soest alle Fördermöglichkeiten ausschöpfe und dabei die zeitlichen Vorgaben der Förderprogramme bei der Projektplanung berücksichtige. Dies gelte auch für die Fördermöglichkeiten im Rahmen des DigitalPakts.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Medienentwicklungsplanung für die Schulen in Trägerschaft des Kreises Soest und das damit aufgezeigte Umsetzungskonzept für die Mittel des DigitalPakts.

Die Verwaltung wird beauftragt, die bautechnischen Maßnahmen zur strukturierten Gebäudeverkabelung (EDV- und Elektroinfrastruktur) umzusetzen und die notwendigen Beschaffungen (Hardware) einzuleiten.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt.**  
15 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen

---

**5 . Festlegung der Zügigkeit des Neubaus der Peter-Härtling-Schule für den Sekundarbereich I**  
**Vorlage: 262/2019**

Eine Beratung erfolgt nicht. Der Tagesordnungspunkt ist bei der Feststellung der Tagesordnung abgesetzt worden.

---

**6 . Errichtung eines neuen Bildungsganges am Hubertus-Schwartz-Berufskolleg in Soest - Kauffrau / Kaufmann im E-Commerce**  
**Vorlage: 254/2019**

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, am Hubertus-Schwartz-Berufskolleg zum Schuljahr 2020/2021 den Bildungsgang Kauffrau/Kaufmann im E-Commerce, gem. APO-BK, Anlage A1 – Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung, einzurichten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Genehmigungen bei der Bezirksregierung Arnsberg einzuholen. Die Kosten für die Einrichtung des Bildungsgangs sind aus dem Schulbudget des Hubertus-Schwartz-Berufskollegs zu finanzieren.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**7 . Finanzierung der Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz**  
**Vorlage: 282/2019**

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Die zusätzlichen Landesmittel zur Förderung der sozialen Arbeit an Schulen (zunächst befristet bis zum 31.12.2020) werden zur eigenverantwortlichen Verwendung an die Städte und Gemeinden sowie den Kreis Soest (als Schulträger) weitergeleitet. Als Maßstab gilt die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die von den Kommunen sozialarbeiterisch zu betreuen sind (wie bisher einschließlich der Schulen in privater Trägerschaft, aber ohne die Schulen in Trägerschaft des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe).

Die jeweilige Kommune erbringt den Eigenanteil in Höhe von 40 %; die Förderrichtlinien des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW finden Anwendung und sind zu beachten.

Unter dem Vorbehalt der weiteren Förderung der sozialen Arbeit an Schulen durch das Land NRW, wird der Kreis Soest auch für das Jahr 2021 Mittel für den 40%igen Eigenanteil einplanen.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**8 . Neue Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen nach den Vorschriften des Fleisch- und Geflügelfleischhygienerechts**  
**Vorlage: 247/2019**

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die neu gefasste Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen nach den Vorschriften des Fleisch- und Geflügelfleischhygienerechts zum 14.12.2019.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**9 . 4. Satzung vom 12.12.2019 zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Soest vom 14.12.2012**  
**Vorlage: 306/2019**

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt

die 4. Satzung vom 12.12.2019 zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Soest vom 14.12.2012

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**10 . 18. Satzung vom 12.12.2019 zur Änderung der Satzung des Kreises Soest über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Abfallentsorgungsanlagen (Abfallgebührensatzung) vom 07.12.2000 und Herstellung des Einvernehmens zur Entgeltordnung der Entsorgungswirtschaft Soest GmbH.**  
**Vorlage: 307/2019**

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt

A) die 18. Satzung vom 12.12.2019 zur Änderung der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung des Kreises Soest vom 07.12.2000

und erteilt

B) das Einvernehmen des Kreises Soest hinsichtlich der Entgeltkalkulation der Entsorgungswirtschaft Soest GmbH (ESG) für Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten für das Jahr 2020.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**11 . Digitaler Pflegefinder**  
**Vorlage: 314/2019**

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Auf Empfehlung des Unterausschusses für Demografie und Daseinsvorsorge wird beschlossen, dass die Verwaltung beauftragt wird, einen digitalen Pflegefinder als App zur Verfügung zu stellen. Der Pflegefinder soll einen aktuellen Überblick über verfügbare stationäre und ambulante Pflegedienstleistungen geben. Dieser Beschluss gilt vorbehaltlich des Beschlusses des Kreistags über den Haushalt 2020/2021 und der Freigabe der Haushaltsmittel im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**12 . Beteiligungsbericht Kreis Soest - Geschäftsjahr 2018**  
**Vorlage: 310/2019**

Landrätin Eva Irrgang erläutert, dass es aufgrund einer gesetzlichen Änderung erstmal erforderlich ist, einen Beschluss zum Beteiligungsbericht zu fassen. Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt den Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2018.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**13 . Bericht für das Jahr 2018 der Stiftung zur Förderung von Bildung, Wissenschaft und Technologie im Kreis Soest**  
**Vorlage: 251/2019**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht ohne weitere Wortmeldungen zur Kenntnis.

---

**14 . Bestellung des Kreisamtsrates Dirk Bierbaum zum Prüfer in der Abteilung Rechnungsprüfung und Datenschutz**  
**Vorlage: 296/2019**

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Der Kreisamtsrat Dirk Bierbaum wird gemäß § 26 Abs. 1 Buchstabe p Kreisordnung zum 01.01.2020 zum Prüfer der Abteilung Rechnungsprüfung und Datenschutz bestellt.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**15 . Bestellung des Herrn Christian Budde zum Prüfer in der Abteilung Rechnungsprüfung und Datenschutz**  
**Vorlage: 297/2019**

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Herr Christian Budde wird gemäß § 26 Abs. 1 Buchstabe p Kreisordnung zum 01.01.2020 zum Prüfer der Abteilung Rechnungsprüfung und Datenschutz bestellt.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**16 . Neufassung der Dienstanweisung für die örtliche Rechnungsprüfung**  
**Vorlage: 253/2019**

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die Neufassung der Dienstanweisung für die örtliche Rechnungsprüfung (Anlage 1 der Vorlage).

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**17 . Prüfung des Gesamtabschlusses 2017**  
**Vorlage: 284/2019**

Landrätin Eva Irrgang übergibt die Sitzungsleitung an die stellvertretende Landrätin Irmgard Soldat (CDU).

Dr. Günter Fiedler (SPD) erklärt, dass sich der Rechnungsprüfungsausschuss dank der Unterstützung der örtlichen Rechnungsprüfung ausführlich mit dem Gesamtabschluss 2017 sowie dem Jahresabschluss 2018 beschäftigt hat. Gründe zur Beanstandung gibt es nicht.

Die stellvertretende Landrätin Irmgang Soldat (SPD) lässt anschließend über den Beschluss abstimmen. Landrätin Eva Irrgang nimmt nicht an der Beschlussfassung teil. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Der Rechnungsprüfungsausschuss fasst das Ergebnis der Gesamtabschlussprüfung gem. § 116 Abs. 9 i.V.m. § 59 Abs. 3 GO NRW in seiner schriftlichen Stellungnahme vom 28.11.2019 (Anlage) zusammen. Er erklärt gegenüber dem Kreistag, dass nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben sind und dass er den von der Landrätin aufgestellten Gesamtabschluss zum 31.12.2017 und den Gesamtlagebericht für das Haushaltsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017 billigt.

Auf dieser Grundlage beschließt der Kreistag:

a) Der Gesamtabschluss des Kreises Soest zum 31.12.2017 wird gemäß § 116 GO NRW in Verbindung mit § 96 Abs. 1 GO NRW festgestellt.

b) Der Landrätin wird Entlastung erteilt..

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
15 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**18 . Prüfung des Jahresabschlusses 2018**  
**Vorlage: 039/2019**

Es gibt keine Wortmeldungen. Die stellvertretende Landrätin Irmgang Soldat (CDU) lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen. Landrätin Eva Irrgang nimmt nicht an der Beschlussfassung teil. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Der Rechnungsprüfungsausschuss fasst das Ergebnis der Jahresabschlussprüfung gemäß § 59 Abs. 3 GO NRW in seiner schriftlichen Stellungnahme vom 28.11.2019 (Anlage) zusammen. Er erklärt gegenüber dem Kreistag, dass nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben sind und dass er den von der Landrätin aufgestellten Jahresabschluss zum 31.12.2018 und den Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018 billigt.

Auf dieser Grundlage beschließt der Kreistag:

a) Der Jahresabschluss des Kreises Soest zum 31.12.2018 wird gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW festgestellt.

b) Der Landrätin wird Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
15 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**19 . Behandlung des Jahresüberschusses 2018**  
**Vorlage: 322/2019**

Die stellvertretende Landrätin Irmgard Soldat übergibt die Sitzungsleitung an Landrätin Eva Irrgang. Ohne weitere Wortmeldungen empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW in Verbindung mit § 96 Abs. 1 Satz 2 GO NRW, dass der Jahresüberschuss 2018 in Höhe von 5.647.192,18 EUR der Ausgleichsrücklage zugeführt wird.

Wie in den beiden vorangegangenen Jahresabschlüssen erfolgt die Endabrechnung der Jugendamtsumlage gesondert anhand der Schlüsselung nach den Umlagegrundlagen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) des entsprechenden Jahres. Diese Regelung gilt auch für die kommenden Jahre. Die Endabrechnung der Jugendamtsumlage 2018 erfolgt demnach anhand der Schlüsselung nach den Umlagegrundlagen des GFG 2018.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**20 . Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2018**  
**Vorlage: 320/2019**

Ohne weitere Aussprache nimmt der Kreisausschuss die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2018 zur Kenntnis.

---

**21 . Zukunftskonzept 2020 - Zielbilanz für das Jahr 2019**  
**Vorlage: 230/2019**

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Kreisausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

## 22 . Stellenplan 2020/2021

---

### 22.1 . Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Artenschutz

**Vorlage: 341/2019**

Ilona Kottmann-Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert zunächst den Antrag ihrer Fraktion. Eine zusätzliche Stelle im Stellenplan des Kreises Soest solle die Bedeutung des Artenschutzes unterstreichen. Ein weiterer Zeitverlust müsse verhindert werden. Aus diesem Grund solle die Planstelle unabhängig von Förderzusagen eingerichtet werden.

Dezernent Ralf Hellermann erklärt, dass im Sachgebiet Natur- und Landschaftsschutz bereits 2017 eine Stelle Artenschutz durch interne Verlagerungen geschaffen werden konnte. Darüber hinaus sei im Kontext des Vogelschutz-Maßnahmenplan Hellwegbörde eine weitere Stelle beim Kreis Soest eingerichtet worden. Neben dem Kreis Soest sei auch die Landwirtschaftskammer NRW im Bereich des Artenschutzes aktiv. Diese habe jetzt die Förderzusage für ein Projekt im Kreis Soest erhalten. Die Projektförderung laufe bis Ende 2022.

Wilfried Jäger (SPD) legt dar, dass der Artenschutz von großer Bedeutung sei. Vor der Einrichtung einer zusätzlichen Planstelle sei es aber notwendig, zunächst die Bedarfe zu ermitteln und mit den vorhandenen personellen Ressourcen zu vergleichen. Der Kreistag könne nachsteuern, wenn weiterer Personalbedarf nachgewiesen sei.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, in den Doppelhaushalt im Bereich der Unteren Landschaftsbehörde eine ganze Personalstelle für den Artenschutz einzuplanen. Einzustellen sind jährlich 50.000 Euro.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt.**  
2 Ja, 13 Nein, 1 Enthaltungen

---

### 22.2 . Stellenplan des Kreises Soest für die Haushaltsjahre 2020/2021

**Vorlage: 285/2019**

Kreisdirektor Dirk Lönnecke erläutert, dass sich aus der Vorberatung im Ausschuss für Personal und Organisation eine angepasste Beschlussformulierung ergeben hat. Er schlägt vor die Formulierung „auf Basis des Stellenplans 2020“ in den Beschlusstext aufzunehmen. Dadurch sei die spätere Vergleichsbasis im Beschluss festgehalten.

Manfred Weretecki (DIE LINKE und DIE SO!) bittet um eine weitere Erklärung zur veränderten Beschlussformulierung. Darüber hinaus sei eine pauschale Einsparzusage von 25 Stellen kritisch zu bewerten, da Einsparpotentiale nicht belegt seien.

Landrätin Eva Irrgang erklärt, dass der geplante Personalabbau auch in den Personalkosten der Haushaltsplanung berücksichtigt sei. Mit dieser Vorgehensweise solle die Bedeutung des Ziels hervorgehoben werden. Sie betont, dass nicht beabsichtigt sei, Personal aktiv abzubauen. Durch organisatorische Maßnahmen sowie durch zunehmende Digitalisierung sollen freiwerdende Stellen aber nicht mehr im vollen Umfang nachbesetzt werden. Damit wolle sie dem Fachkräftemangel frühzeitig entgegen wirken. Die geänderte Beschlussformulierung mache dieses Ziel messbar.

Wilfried Jäger (SPD) stellt dar, dass mit den aktuellen Beschlüssen zum Stellenplan und zum Haushalt hohe Investitionen in die Digitalisierung beschlossen werden. Mit der Anpassung der Beschlussformulierung könne 2025 bilanziert werden.

Günter Münzberger (FDP) befürchtet, dass man mit der Digitalisierung nicht die gewünschten Effekte erreiche. Im Ausschuss für Personal und Organisation sei über den Prozess i-Kfz informiert worden. Hier sei ein Prozess entstanden, der zwar digital sei aber vom Bürger nicht genutzt werde.



Landrätin Eva Irrgang betont, dass der Prozess i-Kfz vom Bund vorgegeben werde und somit nicht vom Kreis Soest beeinflusst werden könne. Vor der Digitalisierung eigener Prozesse erfolge zunächst eine Prozessbetrachtung sowie eine Potentialanalyse. Daraus resultiere eine Priorisierung der zu digitalisierenden Prozesse. Diese Vorgehensweise verdeutliche aber auch den hohen personellen Aufwand im Kontext der Digitalisierung.

Robert Bigge (BG) erklärt, dass sich seine Fraktion zunächst beim Beschluss über den Stellenplan enthalten werde. Eine aktuelle Anfrage an den Kreisdirektor müsse vor der Beschlussfassung noch beantwortet werden.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Der Stellenplan des Kreises Soest für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen und in der vorgeschriebenen Form dem Haushaltsplan als Anlage beigelegt.

Soweit im Stellenplan der Vermerk „künftig wegfallend (kw)“ angebracht ist, dürfen frei werdende Stellen dieser Besoldungs-/Entgeltgruppe nicht mehr besetzt werden. Die mit dem Vermerk „künftig umzuwandeln (ku)“ ausgewiesenen und frei werdenden Stellen dieser Besoldungs-/Entgeltgruppe sollen in Stellen niedrigerer Gruppen umgewandelt werden.

Die Verwaltung verpflichtet sich, in dem Zeitraum von 2020 bis 2025 aufgrund zu erwartender Digitalisierungseffekte die Gesamtstellenzahl um insgesamt 25 Stellen auf Basis des Stellenplans 2020 zu reduzieren. Eine Kennzeichnung konkreter Stellen mit kw-Vermerken ist zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht möglich, da nicht belastbar festgestellt werden kann, in welchen Bereichen diese Effekte eintreten werden.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt.**  
12 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen

---

**23 . Haushalt 2020/2021**

---

**23.1 . Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Verstetigung der finanziellen Unterstützung der ambulanten Hospizarbeit im Kreis Soest**  
**Vorlage: 315/2019**

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Verstetigung der finanziellen Unterstützung von ambulanten Hospizdiensten und ehrenamtlich Tätigen in der Hospizarbeit.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**23.2 . Gemeinsamer Antrag von CDU- und SPD Fraktionen zur Einrichtung eines Ersthelfer-Alarmierungssystems**  
**Vorlage: 318/2019**

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Die Kreisverwaltung wird mit der Einführung eines Ersthelfer-Alarmierungssystems im Kreis Soest beauftragt. Das Projekt soll vor Ablauf von vier Jahren evaluiert werden, um über eine dauerhafte Fortführung zu entscheiden.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**23.3 . Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Supervision für Pflegeeltern**  
**Vorlage: 326/2019**

Irmgard Soldat (CDU) legt dar, dass der Jugendhilfeausschuss ausführlich von der Verwaltung informiert worden sei. Es gebe bereits ausreichende Angebote für Pflegeeltern.

Dezernentin Maria Schulte-Kellinghaus ergänzt die Ausführungen und erklärt, dass Pflegeeltern bereits jetzt entsprechende Angebote erhalten.

Ilona Kottmann-Fischer erklärt, dass sie den Antrag in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses zurückgezogen habe, da scheinbar die Bedarfe gedeckt seien. Im Rahmen der Diskussion innerhalb der Fraktion sei beschlossen worden, den Antrag nicht von der weiteren Beratungsfolge zurückzuziehen. Ziel sei es, ein Angebot zur Gruppensupervision zu standardisieren.

Der Keisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Für die Gruppensupervision von Pflegeeltern werden für die Jahre 2020 und 2021 jeweils 6.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt.**  
2 Ja, 13 Nein, 1 Enthaltungen

---

**23.4 . Haushaltssatzung des Kreises Soest für das Haushaltsjahr 2020 und 2021 (Doppelhaushalt)**

- Einbringung in den Kreistag am 31.10.2019
- Beratung in den Fachausschüssen und im Keisausschuss
- Beschlussfassung im Kreistag am 12.12.2019

**Vorlage: 248/2019**

Landrätin Eva Irrgang erläutert, dass die Vorlage inzwischen um folgende Anlagen ergänzt worden ist:

- Anlage 4: Stellungnahme der Städte und Gemeinden zum Haushalt
- Anlage 5: Ergänzung der Verwaltung zur Haushaltsvorlage
- Anlage 6: Änderungsliste zum Haushalt

Sie übergibt anschließend das Wort an Dezernent und Kämmerer Volker Topp.

Dezernent und Kämmerer Volker Topp informiert zunächst darüber, dass die Bürgermeister der Städte und Gemeinden auf ihr Anhörungsrecht in öffentlicher Sitzung verzichten. Die Bürgermeister der Städte und Gemeinden haben mit Datum vom 28.11.2019 eine Stellungnahme abgegeben, die unverzüglich an die Mitglieder des Kreistages weitergeleitet worden ist. Eine Antwort zur Stellungnahme der Städte und Gemeinden werde bis zur Sitzung des Kreistages vorbereitet. Anschließend erklärt er die Einzelpunkte der Änderungsliste. Landrätin Eva Irrgang lässt über die Einzelpunkte der Änderungsliste Beschluss fassen:

1. A1 – Einrichtung eines Ershelfer-Alarmierungssystems für den Kreis Soest  
Beschluss des Keisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)
2. A2 – Anpassung der Gebührenkalkulation für die Abfallwirtschaft  
Beschluss des Keisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)
3. A3 – Maßnahmen zur Stärkung der Pflege im Keis Soest  
Beschluss des Keisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (13 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltung)
4. A4 – Zusätzliche Baumpflanzungen durch den Baubetriebshof im Rahmen der Gehölzaktion  
Beschluss des Keisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)
5. A5 – Anhebung der Zuwendung an den Kreissportbund (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)  
Beschluss des Keisausschusses: Mehrheitlich abgelehnt (1 Ja, 14 Nein, 1 Enthaltung)
6. A6 – Anhebung der Zuwendung an den Kreissportbund (gemeinsamer Antrag von CDU- und SPD-Fraktionen)  
Beschluss des Keisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (13 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung)

7. A7 - Zuwendung an die Prostituiertenberatungsstelle TAMAR
  - 7.1. a) Antrag Bündnis 90/Die Grünen  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich abgelehnt  
(1 Ja, 14 Nein, 1 Enthaltung)
  - 7.2. b) Gemeinsamer Antrag von CDU- und SPD-Fraktionen  
Der Sperrvermerk wird vom Kreisausschuss aufgehoben.  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt  
(13 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung)
8. A8 – personelle Verstärkung im Artenschutz  
Der Antrag ist bereits im Rahmen von TOP 22.1 mehrheitlich abgelehnt worden. Eine erneute Abstimmung ist nicht erforderlich.
9. A9 – Neuausrichtung des Klimaschutzkonzeptes  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich abgelehnt (1 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltung)
10. A 10 – Reduzierung des Verlustausgleichs der wfg  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich abgelehnt (1 Ja, 14 Nein, 1 Enthaltung)
11. A11 – Abschaffung beider Unterausschüsse  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich abgelehnt (1 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltung)
12. A12 – Zuweisungen für Integrationsmaßnahmen nach dem Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe nach Integration in Nordrhein-Westfalen gem. § 14c Teilhabe- und Integrationsgesetz  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)
13. A13 – Reduzierung der Erstattungen für Eingliederungshilfe  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)
14. A14 – Ausgleich von Fehlbeträgen aus der Gebührenabrechnung Rettungsdienst  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)
15. A15 – Modulares Warnsystem im Katastrophenschutz  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)
16. A16 – Korrektur Kontenzuordnung EC-Karten-Lesegeräte inkl. Erhöhung Ansatz  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)
17. A17 – Änderungen im Projekt Big Bird  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)
18. A18 – Änderung aufgrund der vorliegenden Modellrechnung zum GFG 2020 sowie Reduzierung des Hebesatzes zur Landschaftsverbandsumlage in 2020  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)
19. A19 - Anpassung der Kreisumlage  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)
20. F1 – Einrichtung eines Ersthelfer-Alarmierungssystems  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)
21. F2 – Reduzierung der Investitionen für Fahrzeuge  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)
22. F3 – Neuveranschlagung ELW2  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

23. F4 – Förderprogramm „Digitale Modellregion in NRW  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

24. F5 – Anpassung der Kreditermächtigung  
Beschluss des Kreisausschusses: Mehrheitlich zugestimmt (14 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

Dezernent und Kämmerer Volker Topp erklärt, dass sich durch die Beschlüsse zur Änderungsliste die Hebesätze der allgemeinen Kreisumlage für 2020 auf 36,68% und für 2021 auf 36,74% ändern. Die Hebesätze der Jugendamtsumlage bleiben mit 22,31% (2020) sowie 23,67% (2021) unverändert.

Die Beschlussformulierung zum Haushalt wird für die Sitzung des Kreistages anhand der Beschlüsse zur Änderungsliste angepasst und von der Verwaltung vorbereitet. Eine Beschlussfassung zur Haushaltssatzung erfolgt in der Sitzung des Kreistages.

---

## **24 . Bewertung der Klimarelevanz von Verwaltungsvorlagen**

---

### **24.1 . Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Bewertung der Klimarelevanz von Verwaltungsvorlagen** **Vorlage: 190/2019**

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

#### **Beschluss:**

Die Beschlussvorlagen der Verwaltung erhalten künftig eine anzukreuzende Kurzbewertung zur Klimarelevanz mit drei Alternativen: „keine/geringe, maßgebliche oder bedeutsame Klimarelevanz“.

Wenn keine oder geringe Klimarelevanz angekreuzt ist, durchläuft die Vorlage ohne weiteres das übliche Verfahren. Ist „maßgebliche oder bedeutsame Klimarelevanz“ angekreuzt, ergänzt der Klimamanager – ggfs. mit zugezogenem Personal – die Vorlage um seine Stellungnahme. Ist er mit der Vorlage der Fachabteilung einverstanden, durchläuft die Vorlage ebenso das übliche Verfahren. Divergiert seine Stellungnahme von der der Fachabteilung, so berät der Unterausschuss Energie, Klima, Digitalisierung und Innovation ergänzend mit, ggfs. gemeinsam mit dem Fachausschuss. Ungeachtet dessen können die politischen Fachgremien den Klimamanager zur Klimaproblematik dieses Tagesordnungspunktes anhören, jedes Mitglied hat hierzu ein Antragsrecht.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt.**  
3 Ja, 13 Nein, 0 Enthaltungen

---

### **24.2 . Ergebnis der Vorberatung der Fachausschüsse zur Bewertung der Klimarelevanz von Verwaltungsvorlagen**

Landrätin Eva Irrgang erklärt, dass im Rahmen der Vorberatungen im Unterausschuss für Energie und Klima – Digitalisierung und Innovation sowie im Ausschuss für Regionalentwicklung eine veränderte Beschlussempfehlung an den Kreistag erfolgt ist. Sie lässt anschließend über den geänderten Beschluss abstimmen.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verwaltungshandeln im Sinne eines Energie- und Klimaqualitätsmanagements in Anlehnung an den EEA-Prozess auszurichten und somit Klimabelange proaktiv zu berücksichtigen. Die Landrätin wird gebeten, die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
13 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen

---

## **25 . Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Fraktionen zur Erstellung einer Energie- und CO2-Bilanz** **Vorlage: 250/2019**

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden

**Beschluss:**

Die Kreisverwaltung wird gebeten, die kreisweite Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz (ausgehend aus dem Klimaschutzkonzept 2021) zu evaluieren und auf Basis dieser Bilanz Klimaschutzziele für das Jahr 2050 vorzuschlagen.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**  
16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen

---

**26 . Informationen**

Es gibt keine Wortmeldungen. Landrätin Eva Irrgang bedankt sich bei den Zuhörerinnen und Zuhörern und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Soest, 13.12.2019

Eva Irrgang  
Vorsitz

Christin Thiemann  
Schriftführung